




## Kauder reist nach Ägypten

Kauder reist nach Ägypten  
Demokratie ist noch nicht gefestigt  
Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder ist am Mittwoch zu einer dreitägigen Reise nach Ägypten aufgebrochen. In Kairo wird er sich u.a. mit den Repräsentanten der christlichen Kirchen, der Regierungspartei und der Opposition treffen. Zu der Reise erklärt der Fraktionsvorsitzende: "Die Entwicklung in Ägypten nach der friedlichen Revolution erfüllt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in letzter Zeit zunehmend mit Sorge. Die Gewaltausbrüche in dem Land zeigen, dass die Demokratie noch nicht gefestigt ist und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sich noch nicht auf einen Grundkonsens verständigt haben. In den nächsten beiden Tagen möchte ich mir in Kairo persönlich ein Bild von der Situation verschaffen: Dabei gilt mein Interesse besonders der Lage der Christen in Ägypten, denen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders verbunden fühlen. Sie dürfen nicht zu den Verlierern der friedlichen Revolution werden. Wie die Bundesregierung hat auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein hohes Interesse daran, dass der Wandel in Ägypten letztlich allen Menschen nutzt. Dazu darf die Regierung von Präsident Mursi den Gesprächsfaden zu allen politischen und gesellschaftlichen Kräften nicht abreißen lassen. Dazu gehören insbesondere die koptischen Christen. Die Ankündigung von Präsident Mursi auf seinem jüngsten Deutschlandbesuch, dass sich Ägypten zu einem zivilen Rechtsstaat und gerade nicht zu einer Theokratie entwickeln solle, hat gerade in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung." Hintergrund: Der Fraktionsvorsitzende reist nach zwei Aufenthalten im Jahr 2011 zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode nach Ägypten. Auf dieser Reise wird er vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johannes Singhammer begleitet. In Kairo ist unter anderem ein Treffen mit dem neuen Papst der koptischen Kirche Tawadros II. geplant. Weiterhin sind unter anderem Begegnungen mit Vertretern der Regierung, der Muslimbruderschaft und der Opposition vorgesehen. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/227-52267  
Telefax: 030/227-56115  
Mail: fraktion@cducsu.de  
URL: <http://www.cducsu.de>  


### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.